

Informationsblatt nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung bei Videoüberwachung



Verantwortung für die Videoüberwachung

Polizeiinspektion Osnabrück
Vertreten durch die/den Leiter*in
Kollegienwall 6-8 in 49074 Osnabrück

Kontaktdaten der/des Beauftragten für den Datenschutz:

Polizeidirektion Osnabrück
Heger-Tor-Wall 18 in 49078 Osnabrück
Telefon: +49 (0)541 327-0
E-Mail: datenschutz@pd-os.polizei.niedersachsen.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Die Abwehr von Gefahren und Verhinderung von veranstaltungsbezogenen Straftaten und nicht geringfügigen Ordnungswidrigkeiten gem. § 32 Abs. 1 und 3 NPOG.

Berechtigte Interessen, die verfolgt werden:

Verhinderung von veranstaltungsbezogenen Straftaten und nicht geringfügigen Ordnungswidrigkeiten sowie das Crowd-Management zur Abwehr von Gefahren für Leib und Leben.

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer:

10 Tage (automatisch überschreibender Ringspeicher)

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Eine betroffene Person hat das Recht, von der verantwortlichen Stelle eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob über sie personenbezogene Daten verarbeitet werden/wurden. Ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Eine betroffene Person hat das Recht, von der verantwortlichen Stelle unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Eine betroffene Person hat das Recht, von der verantwortlichen Stelle zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Eine betroffene Person hat das Recht, von der verantwortlichen Stelle die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch die verantwortliche Stelle.

Eine betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Die verantwortliche Stelle verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, sie kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen.

In Niedersachsen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen
Prinzenstraße 5
30159 Hannover